



MEDIATION IM ÖFFENTLICHEN BEREICH

CHRISTA FISCHER-KORP

Die Fachgruppe stellt sich vor

DER ÖFFENTLICHE BEREICH

Der öffentliche Bereich ist ein weiterer Raum, in dem sich die unterschiedlichsten Interessensgruppen, Verbände, BürgerInnen, Unternehmen und politischen Parteien tummeln – und dort, wo sie miteinander zu tun haben oder aufeinandertreffen, kann es zu Konflikten kommen. Für die einzelnen BürgerInnen kann der öffentliche Raum auch bereits da entstehen, wo die privaten Belange von außen berührt werden. Das heißt, wir alle sind auch in unserer Privatsphäre von öffentlichem Raum umgeben.

MEDIATION UND VERWALTUNGSVERFAHREN

Der österreichische Gesetzgeber hat vorausschauend für gesetzliche Rahmenbedingungen für gewisse Teile der Mediation im öffentlichen Bereich gesorgt und zum Beispiel im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) für die Bewältigung von Interessenkonflikten im Umweltbereich die Möglichkeit eines Mediationsverfahrens vorgesehen. Das betrifft alle größeren Infrastrukturprojekte, die in Österreich realisiert werden.

Der ÖBM mit seiner Fachgruppe „Öffentlicher Bereich“ unter meiner Koordination bemüht sich nun intensiv darum, Moderation, Mediation, mediative Strategien und mediatives Führen für die Gesamtheit des öffentlichen Bereichs als fakultative Instrumente zu etablieren. Ebenso bemühen sich viele MediatorInnen oft auch gemeinsam mit BehördenmitarbeiterInnen, Methoden und Wege zu suchen, um Mediation als Konflikt-

lösung in oder vor Verwaltungsverfahren zu implementieren. Durch die Klärung des Konfliktpotentials vor der ersten Entscheidung einer Behörde soll der Zeitbedarf sowohl für die Behörde als auch die AntragstellerInnen gering gehalten werden.

MEDIATION AUF GEMEINDEEBENE

Aber auch auf Gemeindeebene haben Mediation und MediatorInnen für BürgerInnen und Politik einiges anzubieten.

- › Gemeinden benötigen finanzielle Mittel und wünschen sich möglichst viele Betriebe, die sich ansiedeln. Die BürgerInnen suchen in ihren Gemeinden Ruhe und Erholung.
- › Gemeinden sollen mehr kooperieren oder sogar gemeinsame überregionale Strukturen aufbauen, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und eventuell Einsparungspotentiale erheben zu können. Gleichzeitig sollen sie so bürgernah wie möglich bleiben.
- › Gemeinden sollen für ihre BewohnerInnen attraktiv sein und eine gute Infrastruktur anbieten, damit sie dort wohnen bleiben und weniger Regionen bevölkerungsmäßig ausdünnen.
- › Gemeinden sollen nach Zuzug trachten und es dann auch noch zuwege bringen, dass sich alteingesessene BewohnerInnen und neu zugezogene für die Belange ihrer Gemeinde gemeinsam interessieren und engagieren.

UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN

Allein an diesen genannten Punkten ist erkennbar, welche Konfliktfelder sich hier auftun. Keine leichte Aufgabe für BürgermeisterInnen und politische Gemeindevertretungen.

Hier können MediatorInnen mit ihrem Instrumentenkoffer wertvolle Unterstützung bieten:

- › Moderation von BürgerInnenversammlungen,
- › mediative Strategien für die Begleitung von Veränderungsprozessen,
- › Konfliktmanagement statt Eskalation und Scheitern,
- › „mediatives Führen“ für die geänderten Anforderungen an die BürgermeisterInnen.

Viele MediatorInnen in Österreich können von gelungenen Betriebsansiedlungen, konfliktfreien Gemeindeentwicklungskonzepten, wirksamer Mediation bei großen Infrastrukturprojekten und vielen erfolgreich begleiteten Veränderungsprozessen berichten. Der Einsatz von MediatorInnen bzw. Mediation und mediativen Strategien ist auch ein Zeichen für eine verstärkte Demokratisierung in den Gemeinden und für ein gutes Verhältnis von Politik zur Bevölkerung sicherlich förderlich.



AUTORIN

Dr. in Christa Fischer-Korp
Biologin, eingetragene Mediatorin,
ÖBM-Fachgruppenkoordinatorin
„Öffentlicher Bereich“

T: +43 664 3558 285

christa.fischer-korp@oebm.at